

Nach Meinung des palästinensischen Autors Ali Abunimah läutet der an die Vereinten Nationen gerichtete Antrag auf Anerkennung eines Palästinenser-Staates nur das feierliche Begräbnis der Zwei-Staaten-Lösung ein.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 167/11 – 02.10.11**

Das feierliche Begräbnis der Zwei-Staaten-Lösung

Warum der Antrag der Palästinensischen Autonomiebehörde auf Anerkennung eines Palästinenser-Staates den Palästinensern nicht weiterhilft

Von Ali Abunimah

Foreign Affairs.org, 19.09.11

(<http://www.foreignaffairs.com/articles/68268/ali-abunimah/a-formal-funeral-for-the-two-state-solution>)

Der Antrag der Palästinensischen Autonomiebehörde / PA an die Vereinten Nationen auf Anerkennung eines Palästinenser-Staates soll – so die Theorie – unter Umgehung des bisher erfolglosen Friedensprozesses (vollendete Tatsachen schaffen). Aber aus zwei wichtigen Gründen macht der schlecht durchdachte Schachzug alles nur noch schlimmer und verstärkt die Fehlentwicklungen des Prozesses, den er ersetzen soll. Erstens schließt er das palästinensische Volk von jeder Mitwirkung aus, und zweitens finden irgendwelche Verhandlungen über den Antrag völlig losgelöst von der Realität statt.

Bei den meisten Diskussionen (über das Palästinenser-Problem) in den Vereinten Nationen stehen sich Israel und die USA auf der einen Seite und Vertreter der Palästinenser und mit ihnen verbündeter Regierungen auf der anderen Seite (kompromisslos) gegenüber. Diese vereinfachende Beschreibung ignoriert allerdings die Tatsache, dass der Antrag (auf Anerkennung eines palästinensischen Staates) unter den Palästinensern selbst sehr wenig Unterstützung findet. Die starke Opposition (gegen den Antrag) erwächst aus folgenden drei Hauptbedenken: Der sehr vage formulierte Antrag könnte unbeabsichtigte Folgen haben, die Anerkennung (eines Palästinenser-Staates) könnte die Gleichberechtigung und die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge gefährden, und die Autonomiebehörde hat kein Mandat, im Namen aller Palästinenser zu handeln und ihre Rechte und ihre Zukunft aufs Spiel zu setzen.

Unter Berufung auf die fehlende öffentliche Unterstützung haben zahlreiche zivile palästinensische Organisationen, Vorstände von Bürgerinitiativen, Akademiker, und Aktivisten die Strategie (der PA) lautstark kritisiert. Das Boycott National Committee / BNC [das Nationale Boykottkomitee der Palästinenser, s. <http://electronicintifada.net/tags/boycott-national-committee>], der Lenkungsausschuss der von den Palästinensern angeregten globalen Kampagne für den Boycott israelischer Waren, den Abzug von Investitionen aus Israel und Sanktionen gegen Israel, der von fast 200 palästinensischen Organisationen unterstützt wird, warnte im August davor, dass der Anerkennungsantrag an die Vereinten Nationen die PLO (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische_Befreiungsorganisation) als offizielle Vertretung aller Palästinenser, entwerten und damit die Rechte der Palästinenser innerhalb Israels und der Flüchtlinge in der Diaspora preisgeben könnte. Nach einer weit verbreiteten, auch von dem in Oxford lehrenden Wissenschaftler Guy Goodwin-Gill geteilten juristischen Einschätzung könnte der Antrag dazu führen, dass die Vereinten Nationen die PLO durch einen zahnlosen, nur auf dem Papier stehenden "Palästinenser-Staat" ersetzen könnten, der nominell nur noch die Palästinenser auf der West Bank und

im Gaza-Streifen vertreten würde [s. dazu auch <http://english.aljazeera.net/indepth/opinion/2011/08/2011825222044579764.html>].

Die Palestinian Youth Movement / PYM [die palästinensische Jugendbewegung, s. <http://pal-youth.org/>] – eine internationale Vereinigung junger Palästinenser – erklärte, sie lehne den Antrag an die Vereinten Nationen "entschieden" ab, weil er "die Rechte von mehr als zwei Dritteln der Palästinenser gefährde, die als Flüchtlinge in Aufnahmeländern und im Exil leben, und ihnen den Anspruch auf Rückkehr in ihre Heimat nehme". Die Befürchtungen der PYM werden von vielen Palästinensern geteilt, die ebenfalls der Meinung sind, dass durch die einseitige Erklärung eines Palästinenser-Staates in den Grenzen von 1967 – ohne Rückkehrgarantie (für die Vertriebenen) – die 78 Prozent des ursprünglich den Palästinensern gehörenden Gebietes, die sich die Israelis seit 1948 angeeignet haben, de facto als "jüdisches Staatsgebiet" an Israel abgetreten würden, in das die Flüchtlinge nicht mehr zurückkehren könnten.

Es gibt keinen besseren Beweis dafür, dass der Antrag an die Vereinten Nationen dem Mehrheitswillen der Palästinenser widerspricht, als die Geheimhaltung des Antragsinhalts. Bis zur Stellung des Antrages an die Vereinten Nationen bleibt der palästinensischen Bevölkerung verborgen, was genau die PA eigentlich beantragen will. Den Palästinensern wurde noch nicht einmal ein Entwurf des Antrages vorgelegt. Er wurde nur mit den (ausländischen) Unterstützern der PA abgestimmt, als müssten nur sie und nicht die palästinensische Bevölkerung damit einverstanden sein.

Die ganze Diskussion um die Anerkennung eines Palästinenser-Staates ist vor allem deshalb fragwürdig, weil Grundvoraussetzungen dafür ignoriert werden. Die PA erfüllt keines der Kriterien, die sie befähigen würden, die Rechte und Pflichten eines Staates wahrzunehmen, die in der Montevideo Convention von 1933 (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Konvention_von_Montevideo) festgelegt wurden: Die PA kontrolliert weder ein (definiertes) Staatsgebiet noch dessen Außengrenzen; unter Aufsicht der israelischen Besatzungstreitkräfte darf sie nur kleine (voneinander getrennte) Enklaven verwalten. Nach den Osloer Abkommen von 1993 ist es ihr sogar verboten, eigenständig Beziehungen zu anderen Staaten aufzunehmen. Sie vertritt auch keine ständige Bevölkerung, weil Israel die Mehrheit der Palästinenser daran hindert, das Gebiet zu betreten, das die PA zu einem selbständigen Staat machen will, nur weil sie keine Juden sind. Nach dem diskriminierenden israelischen Rückkehrer-Gesetz, können sich Juden aus aller Welt überall in Israel oder in den besetzten Gebieten niederlassen, während in Palästina geborenen Flüchtlingen und deren Kindern die Rückkehr verwehrt wird. Die PA kann noch nicht einmal Pässe oder Ausweise ausstellen, weil israelische Behörden die Registrierung der palästinensischen Bevölkerung kontrollieren. Unabhängig davon, wie die Vereinten Nationen entscheiden, wird Israel den Bau von Siedlungen auf der West Bank und die Blockade des Gaza-Streifens fortsetzen. Deshalb bleibt jede Diskussion über die Anerkennung eines Palästinenser-Staates reine Fantasterei.

Diese Strategie wird noch nicht einmal zu einer formellen Anerkennung und Aufnahme in die Vereinten Nationen führen. Dazu wäre die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates notwendig, und Obama hat bereits angekündigt, dass die USA diese mit ihrem Veto verhindern werden. Dann bliebe nur noch ein eher symbolischer Beschluss der UN-Generalversammlung, den bereits gewährten Beobachter-Status der Palästinenser bei den Vereinten Nationen aufzuwerten, was aber kaum praktische Auswirkungen hätte. Ein solches Ergebnis lohnt kaum den betriebenen Aufwand, weil andere Maßnahmen der Vereinten Nationen viel wichtigere Auswirkungen hätten. Es wäre viel besser für die Palästinenser, wenn bereits verabschiedete, bisher aber von Israel ignorierte Resolutionen des UN-Sicherheitsrates endlich durchgesetzt würden – zum Beispiel die Resolution 465 aus dem Jahr 1980

[s. <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/5AA254A1C8F8B1CB852560E50075D7D5>], mit der Israel aufgefordert wurde, seine bereits "vorhandenen Siedlungen" in den besetzten Gebieten "wieder abzureißen"; in dieser Resolution wurde auch festgelegt, dass "alle israelischen Maßnahmen, mit denen die physische Beschaffenheit, die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung, die institutionellen Strukturen oder der Status der seit 1967 besetzten palästinensischen oder arabischen Territorien – einschließlich Jerusalems – in Gänze oder teilweise verändert wurden, keinerlei rechtliche Wirkung haben" und grobe Verstöße gegen das Völkerrecht sind.

Außerdem muss sich jede erfolversprechende Strategie auf die Rechte (der Palästinenser) und nicht auf die Anerkennung (eines Palästinenser-Staates) konzentrieren. In seiner Stellungnahme zu dem Antrag an die Vereinten Nationen betonte das BNC, dass unabhängig davon, was im September geschieht, die globale Boykottkampagne so lange weitergehen muss, bis Israel die Rechte der Palästinenser respektiert und das Völkerrecht in dreierlei Hinsicht achtet: durch Beendigung der seit 1967 andauernden Besetzung arabischer Gebiete und den Abbau der schon 2004 vom International Court of Justice [vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag, s. <http://www.icj-cij.org/docket/files/131/1677.pdf>] für illegal erklärten Mauer auf der West Bank, durch die Unterlassung jeglicher rechtlichen oder sozialen Diskriminierung der palästinensischen Bürger Israels und die Gewährung voller Gleichberechtigung und durch die Respektierung der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, einschließlich des Rechtes auf Rückkehr. Palästinenser und Israelis sind nicht in einer Situation, in der sie gleichberechtigt über die Beendigung eines Disputes verhandeln könnten. Sie stehen sich als Unterdrückte und Unterdrücker gegenüber, wie früher die Schwarzen und Weißen in Südafrika. Die Anerkennung dieser Wahrheit würde den Palästinensern viel mehr nützen als sinnlose Anträge auf Anerkennung eines (nicht zu realisierenden) Palästinenser-Staates.

Diese Strategie hat Israel so aufgebracht, dass es die USA um Beistand im Kampf gegen eine Entwicklung gebeten hat, die von der israelischen Führung als "Delegitimierung" bezeichnet wird. "Delegitimierer" kann man bezichtigen, mit ihrer Forderung nach Menschenrechten und politischer Gleichberechtigung für die Palästinenser und durch politische und juristische Angriffe nur den Zusammenbruch Israels herbeiführen zu wollen – vergleichbar mit dem Zusammenbruch der DDR oder des Apartheid-Regimes in Südafrika. Israel und die Gruppierungen in den USA, die es unterstützen, behaupten, alle Aktionen, die zur Solidarität mit den Palästinensern auffordern, besonders die BDS-Kampagne (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Boycott,_Divestment_and_Sanctions), dienen nur der "Delegitimierung" Israels. Einige Israelis, sogar der ehemalige Premierminister Ehud Olmert, haben davor gewarnt, dass die Bekämpfung einer Bewegung, die nur die allgemeinen Menschenrechte und politische Rechte durchsetzen will, Israel noch stärker als Apartheid-Staat erscheinen ließe und seine Situation weiter verschlechtern würde. Die israelischen Eliten haben bisher nämlich noch keine plausible Lösung für ein heraufziehendes Problem gefunden: Schon in wenigen Jahren wird sich wegen des starken Anwachsens der palästinensischen Bevölkerung und der anhaltenden Errichtung israelischer Siedlungen auf der West Bank eine jüdische Minderheit mit einer entrechteten und unterdrückten palästinensischen Mehrheit konfrontiert sehen – in einem Gebiet, das (auf Dauer) nicht aufgeteilt werden kann.

Die Pläne für einen in seiner Souveränität stark beschnittenen und eingeengten Palästinenser-Staat, über die man schon mit mehreren Regierungen Israels und der USA hätte diskutieren können, blieben weit hinter minimalsten palästinensischen Forderungen zurück und konnten deshalb auch nicht realisiert werden; das hat sich zuletzt bei dem dramatischen Fehlschlag gezeigt, den Obama bei seinen Friedensbemühungen in den ersten beiden Jahren seiner Amtszeit hinnehmen musste. In seiner im Mai vor der (pro-israelischen) Lobby-Gruppe AIPAC gehaltenen Rede hat Präsident Obama den gegenwärtigen Zustand zwar als "unhaltbar" bezeichnet, aber keine andere Lösung angeboten.

Das sind die Fronten, an denen der Kampf um die Zukunft Palästinas geführt werden muss, gleichgültig wie viele US-Gesandte noch nach Ramallah und Jerusalem reisen und dort versuchen, Verhandlungen wiederzubeleben, an deren Erfolg niemand mehr glaubt. Deshalb wird der Antrag an die Vereinten Nationen auch nicht zur Geburt eines Palästinenser-Staates führen, er läutet nur das feierliche Begräbnis der Zwei-Staaten-Lösung und des Friedensprozesses ein, den er wieder in Gang setzen sollte.

ALI ABUNIMAH ist der Autor des Buches "One Country: A Bold Proposal to End the Israeli-Palestinian Impasse" (Ein gemeinsamer Staat: Ein kühner Ausweg aus der israelisch-palästinensischen Sackgasse). Er ist Mitbegründer der Website Electronic Intifada (s. <http://electronicintifada.net/>) und politischer Berater von Al-Shabaka, einem politischen Netzwerk der Palästinenser (s. <http://al-shabaka.org/taxonomy/term/35>).

(Wir haben den Artikel, der erstaunlicherweise vom Council on Foreign Relations veröffentlicht wurde, einem in New York ansässigen Think-Tank, der maßgeblich an der Ausrichtung der US-Außenpolitik beteiligt ist, komplett übersetzt und mit zusätzlichen Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.



A Formal Funeral for the Two-State Solution

How the PA's Statehood Bid Sidelines Palestinians

by Ali Abunimah

September 19, 2011

The Palestinian Authority's bid to the United Nations for Palestinian statehood is, at least in theory, supposed to circumvent the failed peace process. But in two crucial respects, the ill-conceived gambit actually makes things worse, amplifying the flaws of the process it seeks to replace. First, it excludes the Palestinian people from the decision-making process. And second, it entirely disconnects the discourse about statehood from reality.

Most discussions of the UN bid pit Israel and the United States on one side, fiercely opposing it, and Palestinian officials and allied governments on the other. But this simplistic portrayal ignores the fact that among the Palestinian people themselves there is precious little support for the effort. The opposition, and there is a great deal of it, stems from three main sources: the vague bid could lead to unintended consequences; pursuing statehood above all else endangers equality and refugee rights; and there is no democratic mandate for the Palestinian Authority to act on behalf of Palestinians or to gamble with their rights and future.

Underscoring the lack of public support, numerous Palestinian civil society organizations and grassroots leaders, academics, and activists have been loudly criticizing the strategy. The Boycott National Committee (BNC) [2] -- the steering group of the global Palestinian-led campaign for boycott, divestment, and sanctions against Israel that has been endorsed by almost 200 Palestinian organizations -- warned in August that the UN bid could end up sidelining the PLO as the official representative of all Palestinians and in turn disenfranchise Palestinians inside Israel and the refugees in the diaspora. A widely disse-

minated legal opinion by the Oxford scholar Guy Goodwin-Gill underscored the point, arguing that the PLO could be displaced from the UN by a toothless and illusory "State of Palestine" that would, at most, nominally represent only Palestinians in the West Bank and Gaza Strip [3].

Others, such as the Palestinian Youth Movement -- an international coalition of young Palestinians [4] -- declared that it stood "steadfastly against" the UN bid because it could jeopardize "the rights and aspirations of over two-thirds of the Palestinian people who live as refugees in countries of refuge and in exile, to return to their original homes." Many, like the PYM, fear that unilaterally declaring a state along 1967 borders without any other guarantees of Palestinian rights would effectively cede the 78 percent of historic Palestine captured in 1948 to Israel and would keep refugees from returning to what would then be recognized de facto as an ethnically "Jewish state."

Of course, there may be no clearer evidence of the distance between the UN bid and the actual will of the Palestinians than the secrecy of the process. Today, just days before the application is filed with the UN, the Palestinian public remains in the dark about exactly what the PA is proposing. No draft text has been shared with the Palestinian people. Instead the text is being negotiated with the Palestinian Authority's donors as if they, not the Palestinian people, are its true constituency.

More fundamentally, though, the entire discussion of statehood ignores the facts on the ground. For starters, the PA fails the traditional criteria for statehood laid out in the 1933 Montevideo Convention on the Rights and Duties of States: it controls neither territory nor external borders (except for the tiny enclaves it polices under the supervision of Israeli occupation forces). It is prohibited under the 1993 Oslo Accords from freely entering into relations with other states. As for possessing a permanent population, the majority of the Palestinian people are prohibited by Israel from entering the area on which the PA purports to claim statehood solely because they are not Jews (under Israel's discriminatory Law of Return, Jews from anywhere in the world can settle virtually anywhere in Israel or the occupied territories, while native-born Palestinian refugees and their children are excluded). The PA cannot issue passports or identity documents; Israeli authorities control the population registry. No matter how the UN votes, Israel will continue to build settlements in the West Bank and maintain its siege of Gaza. As all this suggests, any discussion of real sovereignty is a fantasy.

Nor is the strategy likely to produce even formal UN membership or recognition. That would require approval by the Security Council, which the Obama administration has vowed to veto. The alternative is some sort of symbolic resolution in the UN General Assembly upgrading the status of the existing Palestinian UN observer mission -- a decision with little practical effect. Such an outcome will hardly be worth all the energy and fuss, especially when there are other measures that the UN could take that would have much greater impact. For example, Palestinians would be better off asking for strict enforcement of existing but long ignored Security Council resolutions, such as Resolution 465 [5], which was passed in 1980 and calls on Israel to "dismantle the existing settlements" in the occupied territories and determines that all Israel's measures "to change the physical character, demographic composition, institutional structure or status of the Palestinian and other Arab territories occupied since 1967, including Jerusalem, or any part thereof, have no legal validity" and are flagrant violations of international law.

Ultimately, any successful strategy should focus not on statehood but on rights. In its statement on the UN bid, the BNC emphasized that regardless of what happens in September, the global solidarity struggle must continue until Israel respects Palestinian rights

and obeys international law in three specific ways: ending the occupation of Arab lands that began in 1967 and dismantling the West Bank wall that was ruled illegal in 2004 by the International Court of Justice [6]; removing all forms of legal and social discrimination against Palestinian citizens of Israel and guaranteeing full equal rights; and offering full respect for Palestinian refugee rights, including the right of return. Palestinians and Israelis are not in a situation of equals negotiating an end to a dispute but are, respectively, colonized and colonizer, much as blacks and whites were in South Africa. This truth must be recognized, and pushing for such recognition would resonate far more with the Palestinian public than empty statehood talk.

Indeed, such a strategy has worried Israel enough that it has enlisted the U.S. in the fight against what Israeli leaders term "delegitimization." "Delegitimizers" are supposedly not seeking justice and full human and political rights for Palestinians, but rather seeking the collapse of Israel -- much like East Germany or apartheid South Africa -- through political and legal assaults. According to Israel and groups supporting it in the United States, virtually all Palestine solidarity activism, especially BDS, is "delegitimization." Some Israelis, including even former Prime Minister Ehud Olmert, have warned that fighting a movement calling for universal civil and political rights would only make Israel look more, not less, like an apartheid state, worsening its situation. But Israeli elites have come up with no plausible response to the reality that within a few short years -- because of Palestinian population growth and Israeli settlement construction -- a Jewish minority will be ruling over a disenfranchised and subordinated Palestinian majority in a country that cannot be partitioned.

The plans for truncated and circumscribed Palestinian statehood, which successive American and Israeli governments have been prepared to discuss, fall far short of minimal Palestinian demands and have no hope of being implemented (as the dramatic failure of the Obama administration's peace effort in its first two years underscores). Even President Obama, in his speech to the Israeli lobbying group AIPAC last May, called the status quo "unsustainable." But he offered no new answers.

These, then, are the lines along which the battle for the future of Palestine are going to be fought, no matter how many U.S. envoys head to Ramallah and Jerusalem to try to revive negotiations in which no one believes. Meanwhile, the UN bid should be seen not as the means to give birth to the Palestinian state but as the formal funeral of the two-state solution and the peace process that was supposed to bring it about.

ALI ABUNIMAH is the author of One Country: A Bold Proposal to End the Israeli-Palestinian Impasse. He co-founded the Electronic Intifada [1] and is a policy adviser to Al-Shabaka, the Palestinian Policy Network.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern